A stylized map of Côte d'Ivoire composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific locations or regions.

Wie tragfähig ist Côte d'Ivoires Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration?

FRANZISKA EHLERT

Juni 2018

- Zwei Jahre vor der nächsten Präsidentschaftswahl trüben Aufstände in der Armee das Bild der Côte d'Ivoire als erfolgreichen Fall der Krisenbewältigung. Während die VN-Friedensmission (ONUCI) abzieht und die ivoirische Regierung ihre prestigeträchtige Reform des Sicherheitssektors als weitgehend umgesetzt bezeichnet, gibt es Hinweise darauf, dass der Frieden in Côte d'Ivoire nicht so nachhaltig ist, wie gedacht.
- Die Ursachen der erneuten Krisenstimmung liegen unter anderem in der Durchführung des Entwaffnungsprozesses nach dem Konflikt. Denn anstatt den Anforderungen an einen Prozess, der in seiner Tiefe der Komplexität der Nachkriegssituation gerecht wurde, bediente die ivoirische Regierung primär die Standards der internationalen Geber und Investoren wie dem VN-Entwicklungsprogramm oder der Europäischen Union. Diese akzeptierten bereitwillig das Bild der »erfolgreichen« Entwaffnung und sahen dabei über grundlegende Probleme hinweg, wie das Misstrauen vieler Ex-Kämpfer in die neue Regierung, die Exklusivität des Prozesses und die Spaltung der Sicherheitskräfte, die nun zu Tage treten.
- Der Fall der Côte d'Ivoire illustriert die schwierige Dynamik, die sich in der Mehrheit der Konflikt- und Postkonfliktkontexte ergibt und den Interventionen internationaler Akteure oft eher gemischte Bilanzen beschert. Lokale politische Besonderheiten und Machtkämpfe sind eine einflussreiche Variable für die Zukunft eines Landes und seiner Gesellschaft, auf die internationale Akteure nur begrenzt Einfluss nehmen können. Eine mögliche Stellschraube ist, Postkonfliktmaßnahmen wie ein Entwaffnungsprogramm mit viel Sensibilität für den lokalen Kontext zu unterstützen, sowie mit weniger rigiden Vorgaben und Blaupausen zu arbeiten.
- In der Côte d'Ivoire bietet die Reform des Sicherheitssektors und dessen demokratische Kontrolle nach wie vor die Chance, ausstehende Probleme wie die Skepsis der Bevölkerung gegenüber den Sicherheitsinstitutionen und deren innere Spaltung durch einen partizipativen Prozess, Initiativen zur gesellschaftlichen Versöhnung und einen finalen Abbau der noch bestehenden Kriegsstrukturen anzugehen.

Die gemischte Bilanz des bisherigen Friedensprozesses

Nach über einem Jahrzehnt Bürgerkrieg hat die Côte d'Ivoire seit dem Ende der letzten Gewaltwelle 2011 ein Comeback als die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft des afrikanischen Kontinents vollbracht. Die UN Friedensmission ONUCI (Opération des Nations Unies en Côte d'Ivoire, von 2004 bis 2017 im Land) ist vollständig abgezogen, der VN-Sicherheitsrat gratulierte zum Fortschritt der gesellschaftlichen Versöhnung und Forschungsinstitute wie das International Peace Institute nennen das Land einen »erfolgreichen Fall von Krisenbewältigung«.

Jedoch zeigen jüngste Ereignisse die in Wahrheit gemischte Bilanz des bisherigen Friedensprozesses: tiefe Spaltungen im Sicherheitssektor halten das Land seit Anfang 2017 in Atem. Im Frühjahr 2017 forderten Soldaten in Meutereien Prämien nach, die ihnen angeblich im Bürgerkrieg versprochen wurden, und setzten die Regierung unter Präsident Alassane Ouattara so sehr unter Druck, dass sie diese schlussendlich auszahlte. Demobilisierte Kämpfer, die nach Ende des Krieges nicht in die Armee aufgenommen wurden, fühlten sich daraufhin benachteiligt und zogen auf die Straße. Im Sommer 2017 wurde bei einem Vertrauten eines ranghohen Politikers und früheren Rebellenführers ein großes Waffenversteck entdeckt - symptomatisch für die hohe Anzahl der Kleinwaffen, die weiterhin im Land kursieren. Gerüchte um Spaltungen in der Regierungskoalition wurden laut, altbekanntes Misstrauen wuchs erneut. Nur knapp zwei Jahre vor der nächsten Präsidentschaftswahl und inmitten eines prestigeträchtigen Projektes zur Reform von Armee, Polizei und Gendarmerie werfen die Ereignisse eine Reihe von Fragen auf. Warum war Côte d'Ivoires Friedensprozess weniger nachhaltig, als er schien? Welche Probleme liegen den jüngsten Unruhen zugrunde und wie müssen neue politische und soziale Initiativen wie die Reform des Sicherheitssektors gestaltet werden, um hierauf adäquat zu reagieren?

Zum Täuschen echt: Der Erfolg des Entwaffnungsprozesses

Dreh- und Angelpunkt der Krisenstimmung seit 2017 ist Côte d'Ivoires Sicherheitssektor. Armee, Polizei und Gendarmerie werden seit 2011 im Rahmen des weiteren

Friedensprozesses einer komplexen Reform unterzogen, die aus ehemaligen Kriegsgegnern geeinigte Garanten der inneren und äußeren Sicherheit machen soll. Einen Teilabschnitt bildete hierbei der Prozess der Entwaffnung am Ende des Konflikts (»DDR«-Programm¹), welchen die Côte d'Ivoire von 2011 bis 2015 mit Unterstützung der VN-Friedensmission und internationaler Geber wie der Europäischen Union und des VN-Entwicklungsprogramms oder der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) durchführte. Das Ziel des Entwaffnungsprogrammes war es, alle die Kämpferinnen und Kämpfer zu entwaffnen und in ein ziviles Leben zu überführen, die nicht in die Sicherheitskräfte aufgenommen werden konnten. Damit bildete das DDR-Programm einen ersten Schritt in der weiteren Reform des Sicherheitssektors. Denn während des Entwaffnungsprozesses entschied sich, welche Kämpfenden in die neu formierten Sicherheitskräfte aufgenommen wurden und welche ein neues, ziviles Leben begannen, wie sich ihr Verhältnis mit dem Rest Gesellschaft gestaltete, und wie ernsthaft Macht- und Kommandostrukturen aus Kriegszeiten zugunsten der befriedeten politischen und sozialen Ordnung aufgelöst wurden. DDR war somit ein politischer und sozialer Prozess, dessen Ergebnis nicht nur einen unmittelbaren Einfluss auf das Leben der ehemaligen Kämpfenden, sondern auch auf die Stimmung in der Gesellschaft und die Machtverteilung im Staat hatte. Das Ergebnis des DDR-Prozesses in der Côte d'Ivoire wird international als Erfolg gehandelt: laut Regierung wurden 95 Prozent aller 74.000 registrierten Kämpfenden ins zivile Leben reintegriert. Mindestens 8 400 Rebellen (genaue Zahlen sind nicht bekannt) wurden in staatliche Sicherheitskräfte integriert. Die Côte d'Ivoire finanzierte 68 Prozent des Programmes selbst und demonstrierte unumstrittenen politischen Willen, das Projekt umzusetzen. Dies führte zu einer effektiven Zusammenarbeit der zahlreichen beteiligten nationalen und internationalen Akteure - ein positives Beispiel der Geberkoordination. Die internationale Gemeinschaft zeigte sich entsprechend zufrieden und gratulierte zum gelungenen Projekt. Doch das Frühjahr 2017 erschütterte die Wahrnehmung des Programms und damit des weiteren Friedensprozesses. Hätten die Entwaffneten durch die Reintegrations-

1. Aus dem Englischen, *Disarmament* (Entwaffnung), *Demobilisation* (Demobilisierung) und *Reintegration* (Wiedereingliederung). Nach der Entwaffnungsphase soll bei den ehemaligen Kämpfenden durch eine Demobilisierung der Kämpfergeist und das Zugehörigkeitsgefühl zu einer bewaffneten Struktur gebrochen werden. Die Reintegration soll dazu dienen, die Kämpfenden zum Beispiel durch eine Berufsausbildung wieder ins zivile Leben zu überführen.

projekte eine ernsthafte Zukunftsperspektive gefunden, wären sie im Sommer nicht auf die Straße gezogen. Wären Spaltungen innerhalb der Armee adressiert worden, hätte sich die Anspruchshaltung einiger, zusätzliche Prämien verdient zu haben, nicht in Meutereien äußern müssen. Ein genauerer Blick auf die Durchführung und Resultate des Programms zeigt: Trotz der angeblich flächendeckenden Entwaffnung wurden nach Angaben einer VN-Expertengruppe ca. 16 500 Ex-Kämpfende nicht demobilisiert (VN/S/2016/254:3). Es kursieren weiterhin große, nicht erfasste Quantitäten an Kleinwaffen im Land, die sich sowohl in den Händen offiziell demobilisierter, ehemaliger Kämpfender befinden, als auch in denen organisierter Gruppen, deren im Krieg entstandene Strukturen nicht zerschlagen wurden. Sie stehen weiterhin unter dem starken Einfluss der ehemaligen Kriegsherren der Rebellen (« *chefs de guerre*»), die den Bürgerkrieg mit der Wahl Alassane Ouattaras zum Präsidenten für sich entscheiden konnten und nun die Tagespolitik mit bestimmen. Auch in der Reintegration treten Unzulänglichkeiten wie unpassende oder zu kurz angelegte Projekte zu Tage. Viele demobilisierte Kämpfende fühlen sich vor allem denen gegenüber benachteiligt, die in die neuen Sicherheitskräfte eingegliedert wurden.

Erfolgsdruck und Leichtgläubigkeit in der internationalen Gemeinschaft

Dass das Programm trotz dieser Defizite international als Erfolg gehandelt wird, liegt an dem Maßstab, mit dem es gemessen wird. Regierung und internationale Gemeinschaft legten das Augenmerk auf die Anzahl der Entwaffneten, die gelungene Geberkoordination, die schnelle Umsetzung des Programms. Im Verständnis dieser Variablen als Indikatoren des Erfolgs waren sich Regierung und Gebergemeinschaft einig. Denn auf beiden lastete der politische Druck, ein erfolgreiches Programm abzuliefern. Schon während des Bürgerkrieges wurde der VN ebenso wie den intervenierenden französischen Truppen eine Präferenz für die Rebellenseite nachgesagt, die sich heute in Form des rebellenahen Präsidenten Alassane Ouattara an der Regierung befindet. Als bei den Wahlen 2011 das Ergebnis umstritten blieb, verhalfen VN- und französische Truppen ihm ins Amt, indem sie durch eine militärische Intervention die Verhaftung des ehemaligen Präsidenten Gbagbo und seine Übersendung an den in-

ternationalen Gerichtshof in Den Haag ermöglichten.² Auch vor dem Hintergrund der gemischten Bilanzen vieler Entwaffnungsprozesse auf dem Kontinent, zum Beispiel in Liberia, der Demokratischen Republik Kongo und Sudan, konnte das von der VN als Blaupause und fester Bestandteil des liberalen Peacebuilding deklarierte DDR-Konzept in Côte d'Ivoire ein Erfolgserlebnis gebrauchen.³ Seit Jahren beschäftigen die eher gemischten Ergebnisse der VN-Friedensmissionen die Organisation ebenso wie Politiker und Forscher. Eine häufig zitierte Ursache ist die zu geringe Anpassung an den individuellen, lokalen Kontext und die unzureichende Beachtung lokaler politischer Umstände und Machtverhältnisse – beides trifft im Falle der Côte d'Ivoire zu. Die Dynamik aus Erfolgsdruck und spezifischen lokalpolitischen Umständen führte zu einer Missachtung wichtiger Stellschrauben im Entwaffnungsprozess, weil diese unangenehm und wenig attraktiv für Regierung und internationale Geber waren. Innovative Vorschläge und kritische Stimmen aus der Bevölkerung und Zivilgesellschaft wurden größtenteils ignoriert. Dass hierdurch – bewusst oder unbewusst – grundlegende (und vorhersehbare) Probleme missachtet wurden, zeigt sich nun in den jüngsten Entwicklungen.

Der Bürgerkrieg spaltete das Land

Die Gesamtheit des DDR-Prozesses in Côte d'Ivoire spiegelt die Besonderheiten eines Bürgerkrieges wider, der das Land spaltete. In den achtziger Jahren brachte, nach zwei Dekaden des wirtschaftlichen Aufschwungs unter dem Langzeitpräsidenten Felix Houphouët-Boigny, eine globale Wirtschaftskrise die Kakaopreise und damit die Haupteinnahmequelle des Landes zum Fall. Der gesunkene Wohlstand beförderte Anfeindungen zwischen autochthonen, das Land ursprünglich bewohnenden, und allochthonen Gruppen, die durch eine langjährige staatliche Immigrationspolitik aus den nördlichen Nachbarländern angeworben wurden. Mit knapper werden den Arbeitsplätzen auf den Plantagen und befeuert durch nationalistische Politiker, wurden so »Nordisten«

2. Unstrittig ist, dass das Wahlergebnis zwischen Laurent Gbagbo und Alassane Ouattara knapp ausfiel. Nach der ersten Auszählung beanspruchten daher beide Kandidaten den Sieg für sich. Eine zweite Auszählung der Stimmen fand nie statt, sodass das Ergebnis weiterhin umstritten bleibt.

3. Bereits der sogenannte Brahimi-Report zur Verbesserung der Friedensmissionen der Vereinten Nationen im Jahr 2000 bezeichnet das DDR-Konzept als Schlüssel zur Stabilität und Vermeidung erneuter Gewalt in Postkonflikt-Kontexten (UN/A/55/305-S/2000/809: 7). 2017 feierten die »integrierten DDR Standards« der VN ihr zehnjähriges Jubiläum (<http://www.unddr.org/iddrs.aspx>).

zum Sündenbock deklariert und strukturell diskriminiert. Gleichzeitig entbrannte ein Machtkampf um die Nachfolge des langjährigen Präsidenten Houphouët-Boigny. Durch einen Staatsstreich 1999 durch General Robert Guéï und mit der Wahl Laurent Gbagbos zum Präsidenten im Jahr 2000 brachen erste größere Wellen von Gewalt aus. Zu einem Bürgerkrieg entflammte der Konflikt schließlich im Jahr 2002 mit dem Beginn einer Rebellion des Nordens. Die sogenannten »Forces Armées des Forces Nouvelles« besetzten große Gebiete und teilten das Land in zwei: den von ihnen gehaltenen Norden und den vom Präsidenten Gbagbo und der offiziellen Armee der Côte d'Ivoire gehaltenen Süden, getrennt durch französische Soldaten und später eine VN-Friedensmission. Die Spaltung des Landes blieb bis zur schlussendlichen Auflösung des Konflikts durch einen Machtteilungsvertrag 2007 erhalten. Als bei der Präsidentschaftswahl 2010 beide Kandidaten - Laurent Gbagbo und Alassane Ouattara - den Sieg für sich beanspruchten, brach erneut Gewalt aus. Erst durch das Eingreifen französischer und VN-Truppen wurde Alassane Ouattara ins Präsidentenamt gebracht, wo er in friedlichen, aber von Teilen der Opposition boykottierten Wahlen 2015 erneut bestätigt wurde.

Neue Sprossen, tiefe Wurzeln: Ursachen und Folgen eines nicht-inklusive Entwaffnungsprozesses

Der Verlauf des Bürgerkrieges, die Spaltung der Gesellschaft und die Politisierung der Armee bedeuteten für das Entwaffnungsprogramm ein schweres Erbe, auf welches es nur unzureichend reagierte. Dass Laurent Gbagbo nach seiner Festnahme 2011 vor den internationalen Strafgerichtshof nach Den Haag geschickt wurde, aber auf der Seite der Rebellen niemand für seine Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen wurde, verhärtete das bereits bestehende Misstrauen von Teilen der Bevölkerung gegenüber ihrem neuen Präsidenten. Ein von der Regierung initiiertes Versöhnungsprozess erschien nur halbherzig und schaffte es nicht, Gegner und Skeptiker - immerhin die knappe Hälfte der Bevölkerung - umzustimmen. Als der Entwaffnungsprozess 2012 offiziell begann, zögerten Gbagbo-treue Kämpfende daher, ihre Waffe abzulegen. Wer garantierte ihnen, dass die neue Regierung nicht plante, sich an allen Treuen Gbagbos zu rächen?

Auch auf Seiten der Rebellen schlich sich Unmut ein. Als die Listen der zu Entwaffnenden erstellt wurden, wirkten die *chefs de guerre* maßgeblich an diesen mit und registrierten anstatt der tatsächlichen Kämpfenden den ein oder anderen Bruder, Cousin und Schwager für die Geldprämien, die es zu Beginn des Programms im Austausch gegen eine abgegebene Waffe gab. Hinzu kommt, dass während des Krieges auf beiden Seiten das breite Versprechen gegeben wurde, treue Kämpfer würden nach Kriegsende in die nationale Einheitsarmee übernommen - ein Versprechen, das sich in der Praxis natürlich nicht halten ließ. Die Konsequenz dieser Umstände war ein generelles Misstrauen in den DDR-Prozess. Da die Abgabe einer einzigen Waffe zur Teilnahme berechnete, nahmen Skeptiker auch nur eine ihrer Waffen mit und behielten die andere zur Absicherung. Andere, vor allem Gbagbo-treue Kämpfer, nahmen erst gar nicht am Programm teil und versteckten sich oder flohen in das benachbarte Liberia. Der Prozess war somit nicht inklusiv; Kämpfende und eine große Anzahl an Feuerwaffen blieben außen vor.

Eine überhastete Reintegration und Vernachlässigung auf allen Seiten

Knapp 8400 ehemalige Rebellen wurden unterdessen in die neue Armee integriert, in der sie häufig Ränge zugesprochen bekamen, die ihren militärischen Qualifikationen nicht entsprachen. Ein Gefühl einer Bevorteilung der ehemaligen Rebellen entstand und hält sich bis heute. Schließlich waren auch sie es im Sommer 2017, die Prämien aus dem Bürgerkrieg nachforderten und erhielten, während ihre ehemals Gbagbo-treuen Kameraden leer ausgingen.

Obwohl die Sicherheitskräfte laut Friedensvertrag das Herz der ivoirischen Einheit bilden sollten, sind sie von diesem Zustand weit entfernt. Auch mit Blick auf die Reintegration sind die Unzulänglichkeiten groß. Während das anfängliche Angebot von Geld gegen Waffen attraktiv erschien, gaben die Kämpfenden ihre Belohnung schnell aus und standen ohne Zukunftsperspektive da. Als die Regierung auf längerfristige Reintegrationsprojekte umstellte, waren diese oftmals unattraktiv. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Reintegrationsprojekte umsetzen sollten, mussten mit einer demotivierten Zielgruppe umgehen, die sich häufig nur in einem einig war: dem Gefühl, von der Regierung vernachlässigt worden zu sein.

Nicht zuletzt blickte auch der Rest der Bevölkerung mit nicht geringem Argwohn auf den Entwaffnungsprozess. Warum wurden die ehemals Kriegstreibenden für ihre Verbrechen entlohnt?

Dieses Gefühl trat umso stärker hervor, da die Opfer des Krieges durch die Regierung bis auf wenige Ausnahmen keine Kompensierung erhielten und keine flächendeckenden Versuche zur gesellschaftlichen Versöhnung unternommen wurden. Das Resultat ist eine Gesellschaft, die bis heute von Misstrauen geprägt ist.

Kein Spielraum für Innovationen

Die hier geschilderten Probleme des Entwaffnungsprozesses und seine Ursachen, allen voran das große Misstrauen der Gbagbo-treuen Bevölkerung, waren antizipierbar und von Beginn des Prozesses an sichtbar. Dies attestieren verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure und kritische internationale Stimmen, die am Prozess beteiligt waren und seine Nachwirkungen bis heute beobachten. Doch aufgrund des Eingangs geschilderten politischen Drucks verzichtete die Regierung auf einen partizipativen Prozess der Programmgestaltung und entschied die Ausrichtung des Programms von oben herab. Zivilgesellschaftliche Organisationen waren dem Programm zwar formal beigeordnet, hatten aber keinen echten Gestaltungsspielraum. Traditionelle Autoritäten, die oftmals einen großen Einfluss auf ihre Gemeinschaft ausüben und deren Bedürfnisse genau kennen, wurden kaum mit einbezogen. Wenn auch aus politischen und sicherheitstechnischen Beweggründen nachvollziehbar, verfehlte es diese Strategie dadurch, das notwendige Vertrauen der zu Entwaffnenden und der breiteren Bevölkerung in den Prozess zu generieren. Vorschläge der Zivilgesellschaft, den Prozess umzudrehen und statt der üblichen Reihenfolge von Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration mit vertrauensbildenden Maßnahmen und einer echten 'Demobilisierung des Geistes' zu beginnen, fanden keinen Anklang. Lokale zivilgesellschaftliche Akteure wie die Nichtregierungsorganisationen »SOS Sinistres« und das Westafrikanische Aktionsnetzwerk gegen Kleinwaffen (RASALAO-CI) argumentierten, dass Kämpfende bereitwilliger ihre Waffen abgeben würden, wenn sie sich wirklich sicher fühlten, auch wenn dies mehr Zeit bräuchte; dass der Prozess eventuell über 2015 hinaus verlängert werden sollte, um die bisher nicht erfassten Kämpfenden und Bewaffneten einzubeziehen;


dass Reintegrationsprojekte ein besseres und längerfristiges Angebot stellen müssten.

Die internationale Gemeinschaft als wahre Zielgruppe des Programms

Doch die Regierung hielt sich trotz aller lokalen Gegenstimmen an die konzeptionell vorgegebenen Phasen: erst wird entwaffnet, dann wird demobilisiert und dann reintegriert. So schreibt es schließlich auch das VN-Handbuch der DDR Standards (International DDR Standards) vor. Im Frühjahr 2017 von der Autorin geführte Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierung, der beteiligten internationalen Geber und der Zivilgesellschaft zeigten, dass eine individuellere Anpassung dieses Konzeptes an die Nachkriegssituation in Côte d'Ivoire nicht zur Diskussion stand. Dies lag unter anderem an der rigiden Auslegung des DDR-Konzeptes – eine Veränderung oder Anpassung der Phasen war schlicht nicht vorgesehen. Als individuellen Aspekt des ivoirischen Programms deklarierte man stattdessen die Resozialisierung, durch welche demobilisierte Kämpfer bürgerliche Werte lernen sollten (ein allerdings im Prinzip schon aus Rwanda bekanntes Konzept).

Stattdessen investierte die Regierung in die medienwirksame Inszenierung der Ergebnisse ihres Entwaffnungsprozesses. Groß aufgezogene Veranstaltungen überall im Land riefen zur Teilnahme am DDR-Programm auf, das in Hochglanz gedruckte Magazin »ADDR-Infos« informierte regelmäßig über den Fortschritt des Programms – für die Geber und Investoren, nicht für die (teils analphabetische) breitere Gesellschaft. Die Regierung zählte teilnehmende Köpfe, am Ende 95% der registrierten 74.000 Kämpfer. Für die involvierten internationalen Akteure war das Interesse der Regierung an einem gut sichtbaren Erfolg eine Erleichterung. Und auch ganz objektiv konnte man feststellen, dass die Côte d'Ivoire den internationalen DDR Standards gefolgt war, dass sie in das Programm investiert hatte, politischen Willen gezeigt hatte.

Der Fall der Côte d'Ivoire illustriert die schwierige Dynamik, die sich in der Mehrheit der Konflikt- und Postkonfliktkontexte ergibt. Lokale politische Besonderheiten und Machtkämpfe sind eine einflussreiche Variable für die Zukunft des Landes und seiner Gesellschaft, auf die internationale Akteure nur begrenzt Einfluss nehmen können. Eine mögliche Stellschraube ist, Postkonflikt-



maßnahmen wie ein Entwaffnungsprogramm mit viel Sensibilität für den lokalen Kontext einzufordern und zu unterstützen. An dieser Aufgabe scheitern internationale Organisationen und Geber noch zu häufig und konstruieren Interventionen stattdessen dann als Erfolg, wenn sie internationalen Standards oder gar westlichen Normen entsprechen.

Ein erster Schritt zur Besserung könnte sein, mit weniger rigiden Vorgaben und Indikatoren zu arbeiten. Dies würde lokalen Regierungen den Druck nehmen, internationalen Standards gerecht werden zu müssen. Ein Erfolg wäre dann viel mehr als das bloße Abhaken der großen Eckdaten. Internationale Akteure müssten im Umkehrschluss einen genaueren Blick auf die Szenarien werfen und eine größere Bereitschaft zur flexiblen Unterstützung langfristiger Programme vorweisen.

Die Reform des Sicherheitssektors: Eine zweite Chance?

Der derzeit stattfindende Prozess zur Reform des Sicherheitssektors kann aus den Problemen des Entwaffnungsprogramms lernen. Als partizipative Reform konzipiert, sollte sie dieses Versprechen ernstnehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ebenso wie traditionellen Autoritäten Gestaltungsspielraum einräumen. Mit Blick auf die große Skepsis der Bevölkerung gegenüber ihrer eigenen Armee, Polizei und Gendarmerie können zivilgesellschaftliche Akteure hier viel leisten und zum Beispiel dem Gefühl entgegenwirken, die ehemals Kriegstreibenden würden durch neue Investitionen schon wieder bevorteilt. Auch ist es nicht zu spät, den entwaffneten und demobilisierten Kämpfenden Folgeangebote wie erneute Aus- oder Fortbildungen zu machen, um ihre Ressentiments gegenüber der in die Sicherheitskräfte eingegliederten Kameraden zu mildern. Somit ist die Reform auch ein guter Anknüpfungspunkt, um anderen Sicherheitsinitiativen wie der Bekämpfung der illegalen Zirkulation von Kleinwaffen neuen Aufschwung zu geben.

Nicht zuletzt sollte die Regierung auch den politischen Willen zeigen, sich selbst dem Reformprozess zu unterziehen. Dies bedeutet vor allem, die einflussreichen ehemaligen Kriegsherren zu entwaffnen und zu demobilisieren. Und während sich auch für die Fortschritte in der Reform des Sicherheitssektors bereits weitere Hochglanzbroschüren im Druck befinden, sollte die internationale Gemeinschaft die Erfolgsdarstellung diesmal weniger bereitwillig akzeptieren.

Côte d'Ivoires Friedensprozess ist nicht gescheitert. Aber ihn zu früh zu loben und die Regierung Ouattaras aus der Pflicht einer tatsächlichen Versöhnung zu entlassen, ist ebenso zu voreilig.





Über die Autorin

Franziska Ehlert ist als Politikwissenschaftlerin im Bereich der internationalen Zusammenarbeit am Querschnitt zwischen Konflikt, Frieden und Entwicklung tätig. Ihre Forschung konzentriert sich vor allem auf Sicherheitsinitiativen in Postkonflikt-Kontexten. Im Jahr 2017 forschte sie mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Côte d'Ivoire.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Manfred Öhm, Leiter des Referats Afrika

Tel.: +49-30-269-35-7446 | Fax: +49-30-269-35-9217
<https://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt:
Caroline.Lemmer@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-96250-154-9